

„Geplante Obsoleszenz“ - Elektrogeräte länger nutzen - auch in deiner Kommune

Was können Grüne Kommunalpolitiker für mehr Ressourcenschutz vor Ort tun?

Worum geht es?

Jeder hat es schon erlebt. Die Garantie ist gerade abgelaufen und "plötzlich und unerwartet" ist der fast neue Computer, der Drucker oder das Handy defekt und nicht mehr zu reparieren. Von "geplanter Obsoleszenz" wird gesprochen, wenn in Produkte z.B. Schwachstellen eingebaut werden, die die Produktlebensdauer unnötig verkürzen und früher als nötig zu Neuanschaffungen zwingen. Solche und andere Methoden zur Beschleunigung von Neukäufen durch Nutzungsverkürzung finden sich in vielen Konsumgütern. Dieser frühzeitige Verschleiß verursacht Ärger und Kosten bei VerbraucherInnen, produziert unnötigen Müll und führt zu einer Verschwendung wertvoller Ressourcen.

In deutschen Haushalten gibt es immer mehr Elektrogeräte. Gleichzeitig werden Geräte immer kürzer genutzt, wie es eine [Studie des Umweltbundesamts](#) kürzlich nachwies. Wenn die übrige Welt genauso viel konsumierte wie wir, bräuchten wir fast 3 Planeten, um den Ressourcenbedarf zu decken. Erze wie Coltan, Gold sowie viele seltene Erden und weitere Metalle werden oftmals in Gegenden gewonnen, in denen kaum auf die Umwelt geachtet wird – und dies zudem oft unter schlimmsten sozialen Bedingungen in den Minen, in denen Kinder oder ArbeiterInnen unter sklavenähnlichen Bedingungen ausgebeutet werden. Diesen verschwenderischen Umgang mit wertvollen Ressourcen zur Herstellung von immer mehr immer kurzlebigeren Elektrogeräten wollen und können wir nicht hinnehmen.

Die Grüne Bundestagsfraktion thematisiert dieses Problem schon einige Zeit. Im Jahr 2013 haben wir ein [Gutachten zu „Geplanter Obsoleszenz“](#) erstellen lassen, welches gute Beispiele für schlechte Qualität und falsches Produktdesign von Geräten zeigt. Gesetzliche Maßnahmen dagegen haben wir im [Antrag „Geplanten Verschleiß stoppen und die Langlebigkeit von Produkten sichern“](#) aufgezeigt.

U.a. durch unsere Aktivitäten ist auch die Öffentlichkeit inzwischen auf das Problem aufmerksam geworden. Das Umweltbundesamt hat eine [Studie der Regierung an Forscher der Uni Bonn und des Freiburger Öko-Instituts in Auftrag gegeben](#). Die vollständigen Ergebnisse inklusive der Handlungsempfehlungen sollen bis zum Ende dieses Jahres vorliegen.

Nur darüber reden, wie es die jetzige Regierung tut, reicht aber nicht aus. Wir wünschen uns, dass tatsächlich etwas passiert – auf allen Ebenen. Der Regierung wird es nicht weiter gelingen, sich um das Problem herum zu drücken, wenn es weiterhin viel Aufmerksamkeit hierfür und Unterstützung für das Anliegen in der Öffentlichkeit gibt. Auch die Aktiven vor Ort und die kommunale Ebene können dazu beitragen, das Thema weiter zu einer Lösung zu bringen.

Was muss gegen die Verschwendung geschehen?

Geräte, die wir alle täglich nutzen, müssen aus Grüner Sicht möglichst langlebig und einfach und kostengünstig zu reparieren sein. Informationen hierzu und die nötigen Ersatzteile sollen den VerbraucherInnen einfach zugänglich gemacht werden. Erst wenn

die Geräte endgültig kaputt und nicht mehr zu gebrauchen sind, müssen die Rohstoffe in modernen Recyclinganlagen bestmöglich zurückgewonnen werden – für bessere Sammlungen, Anlagen und Recyclingverfahren gibt es noch viel Luft nach oben.

50 % der Befragten einer aktuellen EU-Erhebung berichteten, sie hätten sich in den letzten 12 Monaten gegen die Reparatur eines defekten Produkts entschieden, weil die Reparaturkosten zu hoch waren. 92 % waren der Meinung, dass die auf dem Markt angebotenen Produkte auch mit Angaben über die Lebensdauer versehen sein sollten. Diese Ansätze halten wir für sehr wichtig.

Zur Förderung der Langlebigkeit und Reparierbarkeit von Produkten und zu Verbesserungen im Recycling sind Gesetzesänderungen und ökonomische Anreize notwendig. Für beides muss die Bundesregierung im Einklang mit EU-Richtlinien den rechtlichen Rahmen schaffen. Doch wir sehen dafür keinerlei Anstrengungen in der Bundesregierung. So wurde das Elektroggesetz gerade überarbeitet – ohne Maßnahmen gegen vorzeitigen Verschleiß. Dieses ist für uns nicht akzeptabel (<http://www.peter-meiwald.de/neues-elektroggesetz-gut-gemeint-aber-zu-kurz-gedacht/>)

Was können die Kommunen tun?

Auf kommunaler Ebene gibt es bereits einige gute Ansatzpunkte für Aktivitäten gegen die Ressourcenverschwendung. Unterschiedliche Netzwerke und Initiativen gehen mit gutem Beispiel voran.

Der [Arbeitskreis Recycling e.V.](#) gründete beispielsweise selber diverse 2. Hand-Kaufhäuser, kümmert sich um bessere Möglichkeiten für Reparaturen und überzeugte bereits einige Kommunen (Herford, Bielefeld, Höxter) davon, in ihren Wertstoffhöfen Elektrogeräte, die noch funktionsfähig oder reparierbar sind, rechtzeitig auszusortieren und für eine Weiternutzung zur Verfügung zu stellen.

Die gemeinnützige „[Anstiftung](#)“ gibt eine gute [Übersicht zu Reparatur-Initiativen vor Ort](#) und vernetzt die unterschiedlichen Ansätze des „Selber-Instandsetzens“ miteinander. Dort finden sich auch gute Hinweise und Hilfsmittel, um selbst ein RepairCafe zu starten. Weltweit gibt es [bereits über 750 RepairCafés](#).

Das Portal [utopia.de](#) gibt in einem Artikel „Teilen, leihen, tauschen“ einen Überblick zu ressourcenschonendem Konsum. Außerdem: eine [Übersicht zu den wichtigsten Tauschbörsen](#). Auf Frents.com kann man Gegenstände aller Art umsonst oder gegen ein Entgelt aus- und verleihen. Die Plattform selbst erhebt dabei keine Gebühren. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich intensiv mit neuen Formen des [„Nutzen statt Besitzen“](#) auseinandergesetzt.

Bei der Initiative [MURKS? NEIN DANKE!](#) kann man Beispiele für geplante Obsoleszenz recherchieren und ebenso schlechte Erfahrungen oder neue Beispiele melden. Ebenso entstand ein [Verein](#), der interessierte Aktive zu diesem Thema zusammenbringt, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Dieser Verein unterstützt auf Anfrage auch lokale Initiativen gegen geplante Obsoleszenz in allen Bundesländern. Der Begründer der Initiative, Stefan Schridde, verfasste im Jahr 2013 das Grüne Gutachten und steht unter anderem [für Vorträge oder Workshops zur Verfügung](#).

Box 1: Beispiele für Aktivitäten vor Ort

Hier ein paar konkrete Ideen und Anregungen für eure Aktivitäten vor Ort:

I) Informieren

Politischer Druck entsteht, wenn Menschen informiert sind. Das Thema Obsoleszenz eignet sich hervorragend für Veranstaltungen, da viele Menschen eigene Erfahrungen beizutragen haben. Als ExpertInnen kommen sowohl die oben genannten beispielhaften Initiativen, als auch lokale Reparaturwerkstätten, soziale Second Hand Kaufhäuser und Vertreter der kommunalen Abfallbetriebe in Frage. Auch die Grünen Bundestagsabgeordneten unterstützen euch gerne.

Als konkretere Alternative zu Diskussionsveranstaltungen, und um mehr Menschen zu erreichen, könnt ihr als einmalige oder auch wiederkehrende Veranstaltung ein Grünes Repair Café / Repair-Abend durchzuführen. Hierfür wäre es sinnvoll, mit handwerklich begabten Menschen, Gemeindezentren und Werkstätten vor Ort zusammen zu arbeiten, die ggf. auch Räume und Werkzeug zur Verfügung stellen können. Informationen zur Organisation einer solchen Veranstaltung finden sich [hier](#).

Auch ein Ausflug zum kommunalen Wertstoffhof ist eine gute Informationsmöglichkeit. Werden funktionstüchtige und reparierbare Altgeräte dort getrennt gesammelt und - zum Beispiel in Kooperation mit sozialen Betrieben in der Region – weiter verwertet anstatt im Rohstoffrecycling zu landen? Und wird auch nachgefragt/überprüft ob das Recycling stattfindet oder die Geräte nicht doch noch irgendwo verschwinden?

Gibt es regionale Hersteller von Konsumgütern? Dann lohnen sich, dort Dialoge mit UnternehmerInnen zum Thema Produktverantwortung und Haltbarkeit zu initiieren. Besonders inhabergeführte Betriebe sind hier sensibel und haben dafür ein offenes Ohr. Die Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmerverbänden ist hierfür sinnvoll ([Unternehmensgrün e.V.](#), IHK HWK), um gemeinsam etwas für regionale Hersteller zu unternehmen, die sich für nachhaltige Produktqualität einsetzen.

In den kommunalen Gremien wäre es sinnvoll, einmal genau hinzuschauen, wie die Stadt / Kommune einkauft. Kommunen sind über ihre Beschaffungen und Ausschreibungen große Nachfrager im Markt und sollten diesen Einfluss auch bewusst nutzen. Wird bei der Beschaffung von Druckern für die Verwaltung auf deren Langlebigkeit geachtet? Werden nur Dienst-Mobiltelefone angeschafft, deren Akkus austauschbar sind? Ebenso kann nachgefragt werden, wie mit eventuell noch funktionstüchtigen Geräte (z.B. Computer, Drucker, Bildschirme, Büromöbel) umgegangen wird. Werden diese bei Nutzungsende (wegen Abschreibung oder Neuanschaffungen) z.B. an soziale Betriebe weitergegeben, die diese für eine Weiternutzung aufmöbeln?

Und wie wird kommunal mit Elektroschrott umgegangen? Bürgerinnen und Bürger sollten beispielsweise in den jährlich erscheinenden Abfallkalendern darüber informiert werden, welche alternativen Nutzungen, Reparaturmöglichkeiten und Sammlungen in eurer Gemeinde möglich sind, um es allen zu erleichtern, die geeignete Sammelstelle zu finden. Soziale Betriebe können vieles, was im Wertstoffhof ankommt, weiter nutzen. Sie brauchen allerdings den Willen des Wertstoffhofes zur Kooperation, wie es [in einigen Kommunen der Fall ist](#). Mehrere Abfallwirtschaftsbetriebe haben im November 2014 einen [Leitfaden für mögliche Kooperationen zwischen sozialen Betrieben und Abfallwirtschaftsbetrieben](#) herausgegeben, der sowohl Ausschreibungen als auch sonstige Kooperationen abdeckt und hier eine gute Hilfestellung sein kann. Ist Eure Kommune dabei?

II) Etwas tun

- Bei der Initiative [MURKS? NEIN DANKE!](#) kann über konkrete Fälle von Obsoleszenz berichtet werden, und die [Initiative sucht nach unterstützenden Unterschriften und Kooperationspartnern](#). Diese Initiative bietet auch regionalen Partnern die Zusammenarbeit zur Errichtung von MURKS.CENTREN (siehe <http://www.murks.center>) als Informationszentren mit Ausstellung über geplante Obsoleszenz. Ab dem kommenden Jahr ist auch eine Wanderausstellung zum Thema geplant.
- **Elektroschrott sammeln:** Zum Beispiel bei Umweltfesten können in Kooperation mit einem Recyclingunternehmen und einer lokalen Reparaturwerkstatt defekte Elektrogeräte gesammelt werden.
- Dieses funktioniert besonders gut bei Handys. Es werden immer mehr Handys und Smartphones verkauft. Damit steigt auch die Anzahl der Alt-Handys und ungenutzten Geräte, die in Schubladen und Kellern lagern. Laut dem Branchenverband Bitkom sind es aktuell bereits über 100 Millionen in Deutschland. Diese werden zum Beispiel von Umweltverbänden für einen guten Zweck gesammelt – was man als lokale Grüne gut unterstützen kann (zum Beispiel die [DUH](#), der [NABU](#), aber eventuell auch lokale Initiativen vor Ort).
- Alternativ zu einer einmaligen Sammlung von Handys: Es werden von Verbänden und Recyclern vielerorts auch Handy-Sammelboxen aufgestellt. Warum nicht auch an öffentlichen Orten wie Bürgerämtern, Schulen oder Büchereien? Solche Boxen können helfen, die Anzahl der Handys, die gesammelt und dann ordentlich recycelt werden, deutlich zu erhöhen.
- **Grüne Mitglieder** in den kommunalen Gremien haben darüber hinaus die Möglichkeit, eine Anfrage zum Umgang mit Elektroschrott in der Stadt / Gemeinde zu stellen (**Musteranfrage** anbei), um mehr Informationen zum Umgang mit Elektroaltgeräten aus öffentlicher und privater Hand vor Ort zu erhalten.
- Ein Runder Tisch mit den Händlern, die Elektrogeräte verkaufen, könnte helfen, lokal angepasste Lösungsmöglichkeiten zu finden.
- Zudem lohnt es sich, den direkten Austausch mit den Sammelstellen (Wertstoffhöfen) vor Ort aufzunehmen, die zumeist durch kommunale Betriebe geführt werden. Abfall, der gar nicht erst entsteht, weil Geräte weiter genutzt werden, ist die beste Maßnahme gegen Ressourcenverschwendung. Hierzu kann der Wertstoffhof mit Kooperationspartnern vor Ort - sozialen Betrieben oder Werkstätten - zusammenarbeiten, die die funktionstüchtigen Geräte für eine Weiternutzung aufbereiten und wieder in die Nutzung bringen. Eine, solche Kooperation zwischen öffentlich-rechtlichen Entsorgern und lokalen Partnern kann durch die Kommunalpolitik angeregt werden. Es ist auch möglich, solche Kooperationen [bereits in Ausschreibungen festzulegen](#).

Ein **Musterantrag** für den ökologischen Umgang mit Elektroaltgeräten in der Stadt / Gemeinde XYZ ist dieser Information beigelegt.